Zeitschrift: Schriftenreihe = Collection / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 9 (1999)

Artikel: Globalisierungsprozesse und ihre Folgen
Autor: Bernauer, Thomas
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-832853

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GLOBALISIERUNGSPROZESSE UND IHRE FOLGEN

Thomas Bernauer

Im Zentrum der Debatte um die Konsequenzen der Globalisierung steht die Frage nach Veränderungen im Verhältnis von "Staat" oder "Politik", "Gesellschaft" und "Markt». Im Prozess der Globalisierung verdichten sich grenzüberschreitende Verflechtungen ökonomischer, sozialer und kultureller Natur auf materieller aber auch auf psychologischer Ebene. Marktwirtschaftliche Prinzipien sind seit dem Ende des Kalten Krieges weltweit auf dem Vormarsch.

Rufe nach einer Angleichung politischer Steuerungsmechanismen an diese veränderte Welt hingegen haben bisher weder in einer "Welt-Innenpolitik" noch einem "Weltstaat" gemündet. Wirtschaftliche Globalisierung und die Staatenwelt im besonderen koexistieren in einem spannungsreichen Verhältnis. Wirtschaftsführer, Politiker wie auch Wissenschaftler sprechen zunehmend von einer Entfremdung von Wirtschaft und Politik. Der Referenzrahmen für die Wirtschaft sei mittlerweile der Weltmarkt, während die meisten Politiker noch immer Lokalpolitiker seien und ihre Handlungskompetenz an den nationalen Grenzen ende. Die Entfernung der beiden "Lebenswelten" äussert sich in vielerlei Hinsicht. Die einen rufen nach mehr Markt, vom Sozialbereich bis zum Bildungssektor. Andere beklagen die zunehmende Ökonomisierung der Politik.

In der Tat sind Formen, Inhalte und Prozesse in Markt und Politik (Staat) unterschiedlich beschaffen. In gut, d.h. effizient funktionierenden Märkten werden Entscheidungen über die Allokation knapper Ressourcen und die Produktion von Gütern verschiedenster Art dadurch gefällt, dass Produzenten, Konsumenten, Arbeitnehmer und Besitzer von Produktionsfaktoren freiwillig Güter tauschen. Dieser Tausch findet auf der Basis von Preisen statt, die aus diesen Tauschbeziehungen heraus entstehen, welche wiederum von Nachfrage und Angebot bestimmt sind. Entscheidungsprozesse sind somit dezentralisiert, sie werden von Gruppen oder Individuen unabhängig getroffen und folgen weitgehend dem Verhaltensmodell des homo oeconomicus. In Marktwirtschaften sind die Produktionsfaktoren zum grossen Teil im Besitz privater Akteure und nicht des Staates.

In der Politik fällen gewählte Repräsentanten oder die Stimmbevölkerung Entscheide, wobei deren Entscheidungen oft keine monetarisierbaren Sachverhalte und Motivationen zugrunde liegen. Im Markt streben Individuen und Firmen nach einer Erhöhung ihrer individuellen Gewinne. Die "unsichtbare Hand" führt in effizienten Märkten gemäss neoklassischer Wirtschaftstheorie dazu, dass auch das kollektive Ergebnis individuellen Gewinnstrebens in den meisten Fällen aus einem Wohlstandsgewinn für alle besteht. Die Politik hingegen ist das Mittel, mit dem die meisten Gesell-

schaften wirtschaftliche oder soziale Ergebnisse zu erzielen versuchen, die der Markt alleine nicht zustande bringt (Marktversagen), oder die aus normativen Gründen unerwünscht sind (z.B. extrem ungleiche Wohlstandsverteilung). Gleichzeitig werden durch politische Prozesse Ordnungsrahmen hergestellt, die für das Funktionieren des Marktes notwendig sind.

Man könnte auch von einer Dreiteilung des Gemeinwesens sprechen. Der Staat ist laut Böhret et al. "der verfassungsmässig konstituierte Bereich des Gemeinwesens, in dem Regeln und Normen gesetzt, Politikinhalte formuliert und durchgesetzt sowie Konflikte verbindlich geregelt werden." Die Wirtschaft ist "der Teilbereich, in dem Güter produziert und verteilt werden". Die Gesellschaft ist "der Teilbereich, der den Mitgliedern des Gemeinwesens persönliche Entfaltungsmöglichkeiten anbietet (Bildung, Kultur, etc.), in dem Interessen artikuliert und Motivationen erzeugt werden".[1]

Besonders seit dem Aufbau der modernen Wohlfahrtsstaaten der westlichen Industrieländer in den 1930er Jahren sind diese drei Teilbereiche des Gemeinwesens durch ein kompliziertes Geflecht von innerstaatlichen und internationalen Institutionen aufs engste miteinander verbunden. Der "Staat" wird durch die "Gesellschaft" in variablem Ausmass legitimiert. Aus der "Gesellschaft" stammen Produzenten, Konsumenten, Arbeitnehmer und Besitzer von Produktionsfaktoren, die als Marktteilnehmer fungieren. Der "Staat" wiederum schafft die ordnungspolitischen Voraussetzungen, damit Märkte überhaupt funktionieren können und greift dort ein, wo Akteure aus "Wirtschaft" und "Gesellschaft" Probleme nicht alleine lösen können. Er sichert z.B. Eigentumsrechte, erleichtert oder erschwert den Zugang neuer Marktteilnehmer, korrigiert bestimmte Formen von Marktversagen, verteilt Wohlstand um. In vielen Staaten fungiert der Staat auch selbst als Marktteilnehmer (etwa in der Form von Staatsbetrieben oder dem öffentlichen Beschaffungswesen).

Als Folge der wirtschaftlichen Globalisierung werden, vermuten viele Beobachter der Weltwirtschaft, die Karten im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft neu gemischt. Die Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft scheinen aus den Fugen geraten. Bislang kaum beachtete Fragen tauchen in den 1990er Jahren auf. Diktiert der Weltmarkt in zunehmendem Masse politische Entscheidungen? Sinken damit die Handlungsspielräume politischer Entscheidungsträger und Behörden? Wird der Staat zunehmend zu einer "virtuellen" Institution, während die gesellschaftlich wichtigen Entscheidungen in den Chefetagen der Grosskonzerne fallen?

Der Alltag der 1990er Jahre ist geprägt von kontroversen Debatten zu diesen Fragen. Bücher mit Titeln wie *"Terror der Ökonomie"*, *"The Retreat*

1 Carl Böhret et al. 1982, *Innenpolitik und politische Theorie,* Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 35.

of the State" oder *"Has Globalization gone too far?"* erscheinen reihenweise auf dem Markt. Wie oft in wissenschaftlichen, aber auch weniger wissenschaftlichen Publikationen schon das Ende des Staates prophezeit wurde, lässt sich kaum mehr zählen. Gewalttätige Krawalle begleiten die 50-jährige Jubiläumsfeier der WTO in Genf. Das Gespenst der "Deindustrialisierung" westlicher Länder geht um. Der amerikanische Präsidentschaftskandidat Ross Perrot sprach gar von einem "giant sucking sound", der von der Abwanderung US-amerikanischer Arbeitsplätze nach Mexiko ausginge. Gewerkschaften behaupten, den Industriestaaten gehe die Arbeit aus, und eine Umverteilung derselben sei notwendig. Enthüllungen über Sexualpraktiken des amerikanischen Präsidenten haben spürbare Auswirkungen auf die Börsenkurse in Frankfurt, Zürich und Singapur. Grosskonzerne verabschieden sich am einen Tag aus der Politik und rufen am nächsten Tag nach mehr Staat.

Das Wechselspiel von Politik, Gesellschaft und Weltwirtschaft ist zentraler Untersuchungsgegenstand der *Internationalen Politischen Ökonomie* (IPÖ), einem Teilbereich der Politikwissenschaft. Die jüngere Forschung in diesem Bereich hat sich unter anderem damit auseinandergesetzt, ob und inwiefern wirtschaftliche Globalisierungsprozesse tatsächlich beobachtbar sind, welche Verteilungseffekte und Wachstumschancen sich daraus ergeben, und welche ordnungspolitischen Probleme damit verbunden sind. Dabei steckt die wissenschaftliche Diskussion um die Auswirkung von Veränderungen in der Weltwirtschaft auf *staatliche Handlungsspielräume,* eine der Kernfragen der Globalisierungsdiskussion, noch in den Kinderschuhen. Die Forschung zu diesem Thema wird nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die Phänomene "Globalisierung" und "Staat" multidimensional sind und die beobachtbaren Trends auf den einzelnen Dimensionen oft nicht in die gleiche Richtung verlaufen. Dementsprechend fällt es leicht, Beispiele für oder gegen die These eines Diktats der Weltwirtschaft zu finden, zumal der Grossteil der empirischen Forschung auf einzelne Wirtschafts- und Politikbereiche ausgerichtet ist.

Was bedeutet "Globalisierung"?

Obschon der Begriff in aller Munde ist, gibt es keine Einigkeit darüber, was unter Globalisierung zu verstehen sei. Barnet und Cavenagh (zit. in Beisheim/Walter 1994:14[2]) behaupten gar:

"Globalization is the most fashionable word of the 1990s, so portentous and wonderfully patient as to puzzle Alice in Wonderland and thrill the Red Queen because it means precisely whatever the user says it means."

2 Marianne Beisheim, Gregor Walter. 1997, *Globalisierung: Kinderkrankheiten eines Konzeptes,* in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen,* 4/1, S. 153–180.

Die in der Literatur vorfindbaren Definitionen unterscheiden sich vorwiegend in ihrer Breite. Eine Vorreiterrolle bei der Einführung des Begriffs in die sozialwissenschaftliche Literatur spielten v.a McLuhan und Robertson. Während McLuhan schon in den 1960er Jahren anhand von Untersuchungen zur Medienwelt von einer "Kompression" und einem "Schrumpfen" der Welt sowie vom "global village" sprach, führte Robertson den Begriff in den 1980er Jahren in die Soziologie ein. Diese Autoren begreifen das Phänomen der Globalisierung in der Regel als breitangelegten gesellschaftlichen und kulturellen Prozess. Die Globalisierung erscheint hier als materielle, aber auch sozial konstruierte Lebenswelt, in der sich Bezugsräume ausdehnen und gleichzeitig verdichten. Ereignisse und Strukturveränderungen in einem Teil der Welt haben zunehmend Auswirkungen auf andere, entfernte Teile. Damit einher geht eine Bedeutungsänderung von Territorialität.

In der polit-ökonomischen Literatur wird der Begriff meist enger gefasst. Hier wird postuliert, dass Globalisierungsprozesse gleichzusetzen sind mit einer zunehmenden Breite und Tiefe ökonomischer Austauschbeziehungen. Grenzüberschreitende Ströme von Waren, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und auch Menschen nehmen zu. Dies im Sinne ihres Ausmasses, der betroffenen Güter und Akteure sowie der räumlichen Ausdehnung und der Frequenz. Als idealtypische Modelle fungieren die "internationale" Wirtschaft auf der einen und der "Weltmarkt" auf der anderen Seite. Im ersten Modell dominiert die binnenwirtschaftliche Aktivität. Die grenzüberschreitenden Transaktionen finden zwischen klar unterscheidbaren Wirtschaftsräumen statt, deren Grenzen entlang den staatlichen Grenzen verlaufen. Im Modell des Weltmarktes, der am Endpunkt der wirtschaftlichen Globalisierung steht, haben nationale Grenzen keine Auswirkung mehr auf die Ströme von Produkten und Produktionsfaktoren. Multinationale Unternehmen (MNCs) werden in dieser Welt zu Transnationalen Unternehmen (TNCs), die keinerlei Bindungen mehr an den Heimatstaat aufweisen. Deren Wertschöpfungsketten werden meist länger und orientieren sich an wirtschaftlichen Effizienzkriterien. Der weltweite Finanzmarkt ist vollständig integriert, wenn sich beispielsweise die Zinsen für spezifische Schulden über die einzelnen Länder hinweg angeglichen haben und Spar- und Investitionsquoten innerhalb der einzelnen Staaten nicht mehr korrelieren.

Über die Vor- und Nachteile der einzelnen Definitionen liessen sich Bücher schreiben. In zweierlei Hinsicht bieten jedoch die eng gefassten polit-ökonomischen Definitionen klare Vorteile. Erstens lassen sich viele Dimensionen der wirtschaftlichen Globalisierung relativ systematisch erfassen, vielfach sogar mit quantitativen Daten, welche über eine grössere Zahl von Ländern und Jahren vergleichbar sind. Zweitens erlaubt eine enge Definition von Globalisierung eine klarere Trennung ihrer Ursachen und Folgen auf der einen und der eigentlichen Globalisierungsprozesse auf der anderen Seite. Dies ist um so wichtiger, wenn wir nach den Folgen von Globalisierungsprozessen fragen.

Strukturveränderungen in der Internationalen Politischen Ökonomie

Letztlich ist der Streit darüber, was Globalisierung bedeutet, eine empirische und keine rein konzeptionelle Frage. Gegenwärtig lassen sich mindestens drei Strukturveränderungen im Weltwirtschaftssystem beobachten. Die erste lässt sich dem zuordnen, was man gemeinhin unter wirtschaftlicher Globalisierung versteht. Die zweite und dritte betreffen die Veränderung der politischen Strukturen.

Erstens lassen sich weltwirtschaftliche Integrationstrends anhand grenzüberschreitender Ströme von Waren, Dienstleistungen und Kapital relativ zu den binnenwirtschaftlichen Strömen beobachten. Die betreffenden Indikatoren geben in ihrer Gesamtheit Aufschlüsse über die *Mobilität von Produkten und Produktionsfaktoren.* So sind etwa die Handelsquoten der meisten Staaten (Exporte plus Importe als Anteil am BSP oder BIP) zwischen Kriegsende und den 1980er Jahren stark gestiegen und stagnieren in den 1990er Jahren. Ähnliches gilt für Direktinvestitionen im Ausland im Vergleich zu den Investitionen im Inland. Auch die Integration der Finanzmärkte, gemessen an Zinskonvergenzen, Sparquoten im Vergleich zu inländischen Investitionen oder regulatorischen Hemmnissen im Kapitalverkehr, ist sehr weit fortgeschritten.

Die empirischen Daten verdeutlichen jedoch ebenso, dass diesem Trend in Richtung verstärkter Integration der Märkte Grenzen gesetzt sind. Die wirtschaftlichen Integrationsprozesse sind geographisch sehr ungleichmässig verteilt: Die Globalisierung ist eine weltumspannende, aber keine flächendeckende Erscheinung. Gemessen etwa am internationalen Handelsvolumen, dem Devisenhandel oder den Internet-Anschlüssen beschränkt sich die Globalisierungsdynamik weitgehend auf die westlichen Industriestaaten. Der Rest der Welt, der den grössten Anteil an der Weltbevölkerung und der Landfläche besitzt, bleibt, wenigstens vorläufig, von diesem Prozess grösstenteils abgekoppelt. Selbst im OECD-Raum konzentriert sich z.B. die Investitionstätigkeit weitgehend auf das Inland. 95% der Investitionen werden im jeweiligen Heimatstaat getätigt. Selbst die vermeintlichen Motoren der weltwirtschaftlichen Verflechtung, die MNCs, erweisen sich bei genauerer Analyse mit wenigen Ausnahmen (z.B. Nestlé, Schweizer Rück) immer noch als nationale Unternehmen mit internationalen Aktivitäten. Dies obschon bei vielen MNCs die Wertschöpfungsketten länger geworden sind, und der Welthandel mittlerweile zu einem Drittel aus Firmeninternen Transaktionen besteht.

Nichtsdestotrotz wäre es falsch, die gegenwärtigen Integrationsprozesse in der Weltwirtschaft als "déjà vu" abzutun. Es stellt sich dabei nicht die Frage, ob ein vollständig integrierter Weltmarkt bereits besteht. Diese Frage kann zweifelsohne mit Nein beantwortet werden. Die interessante Frage besteht darin, in welche Richtung Veränderungen spezifischer Natur verlaufen sind. Im besonderen, ob Produkte und Produktionsfaktoren mobiler oder weniger mobil geworden sind. Und das ist klar der Fall.

Zweitens haben sich die grenzüberschreitenden politischen Steuerungsstrukturen stark verändert. Die Anzahl der Internationalen Organisationen ist seit dem Zweiten Weltkrieg enorm gestiegen. Anfänglich befassten sich diese Organisationen mit sehr beschränkten technischen Fragen, beispielsweise mit der Abwicklung des grenzüberschreitenden Postverkehrs oder der Schifffahrt auf internationalen Flüssen. Heute kümmern sich die mittlerweile auf Tausende zu beziffernden Institutionen mit zentralen Fragen, wie dem Weltfrieden, der Bewältigung der internationalen Verschuldung oder der Liberalisierung des Welthandels. Im Rahmen der Europäischen Union hat sich die internationale Zusammenarbeit in manchen Politikbereichen in Richtung supranationaler, d.h. dem Staat übergeordneter, Steuerungsmechanismen entwickelt. Dies betrifft vor allem die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, weit weniger jedoch die Aussen- und Sicherheitspolitik, die nach wie vor weitgehend in den Händen der Einzelstaaten bleibt. Parallel zur wachsenden Anzahl Internationaler Organisationen haben sich auch die grenzüberschreitend tätigen nicht-staatlichen Akteure fast explosionsartig vermehrt. Mittlerweile existieren mehrere zehntausend international operierende "non-governmental organizations" (NGOs) und mehrere zehntausend MNCs.

Drittens herrscht im Internationalen System eine regelrechte Staaten-Inflation. Seit Anfang dieses Jahrhunderts hat die Zahl der Staaten stetig zugenommen. Heute sind wir bei rund 200 Staaten angelangt und ein Ende ist nicht abzusehen. Nur in Europa zeichnet sich ein Trend in Richtung eines grösseren politischen Gebildes ab. Überall sonst sind, mit zeitweiliger Ausnahme der Sowjetunion, in den letzten hundert Jahren keine grösseren Staaten mehr entstanden. Im Gegenteil, Grossreiche sind zerfallen, einschliesslich das Osmanische Reich, Österreich-Ungarn, die Kolonialreiche und die Sowjetunion. Gleichzeitig stecken viele Staaten gegenwärtig in Krisen unterschiedlichen Ausmasses. In einer mittlerweile besorgniserregenden Zahl von Fällen spricht man bereits von "gescheiterten Staaten". Beispiele dafür sind Afghanistan, Liberia, der Sudan und Somalia. Auch in Industrieländern wie Deutschland oder der Schweiz wird immer öfter von der Krise des Staates gesprochen, wobei zweifellos diese Krise vergleichsweise wenig akut ist.

Die Auswirkungen wirtschaftlicher Globalisierung auf die Politik bzw. den Staat, die Wirtschaft und die Gesellschaft

Wenn wir, wie oben dargelegt, das Gemeinwesen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat bzw. Politik unterteilen, so stellt sich eine Reihe von Fragen im Zusammenhang mit Globalisierungsprozessen innerhalb dieser drei Bereiche. Hier seien exemplarisch einige dieser Fragen aufgeführt:

Folgen für die Wirtschaft:

- Zeichnet sich eine Konvergenz der Wirtschaftssysteme, eine allgemeine Deregulierung mit mehr Markt in allen Bereichen ab?

- Ist eine zunehmende Regionalisierung des Welthandels feststellbar?
- Werden ärmere Entwicklungsländer von der Weltwirtschaft weiter abgekoppelt? Treten massive Konjunkturschwankungen bei Schwellenländern, die sich gegenüber der Weltwirtschaft stark öffnen, auf?
- Haben Staaten einen steigenden Autonomieverlust bezüglich nationaler Konjunktursteuerung über Geld- bzw. Zinspolitik zu verzeichnen?
- Steht ein Ende der Inflation bevor?
- Erfolgt eine weitere Deindustrialisierung westlicher Staaten?
- Koppeln sich die globalen Finanzmärkte mehr und mehr von der Realwirtschaft ab? Welches sind die Folgen?
- Sind Marktkonzentrationen und Wettbewerbsprobleme die Folge steigender FDI?
- Unterläuft die Handelsliberalisierung nationale und internationale Umweltschutzbemühungen und sozialstaatliche Massnahmen?

Folgen für die Gesellschaft:

- Bricht der "Gesellschaftsvertrag" auseinander?
- Müssen die Gewerkschaften mit der Erosion ihres Einflusses rechnen?
- Konvergieren die Konsumgewohnheiten weltweit (z.B. Kultur)?
- Zunehmende Individualisierung? Welches sind die Folgen?
- Entstehen neue Sicherheitsrisiken? Welche?

Folgen für die Politik/den Staat:

- Ist der Wohlfahrtsstaat am Ende?
- Verstärken sich die Probleme bei der Verteilung von Steuerlasten auf verschiedene Bevölkerungs- bzw. Interessengruppen?
- Verringern sich die Regulierungsspielräume von Staaten?
- Sind Steuerungsdefizite auf internationaler Ebene nachweisbar?
- Vergrössern sich Demokratiedefizite?

Wohlfahrtsstaat und Steuerlasten

In der Folge beschränke ich mich lediglich auf zwei dieser vielen Fragen. Eine der Konsequenzen von Globalisierungsprozessen, die grössere politische Kontroversen verursacht, sind Probleme mit der Finanzierung sozialstaatlicher Leistungen. Diese Probleme haben verschiedenste Ursachen. Bei der AHV z.B. ist dies schlicht einmal die Altersstruktur der Bevölkerung und das Umlageverfahren, die nichts mit der Globalisierung zu tun haben. Allerdings wird zunehmend auch darüber nachgedacht, ob die gestiegene Mobilität von Kapital und anderen Produktionsfaktoren die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates untergraben könnte oder es bereits getan hat.

Hier lassen sich die folgenden empirischen Befunde aufführen. Statistisch konnte bisher nicht nachgewiesen werden, dass Staaten mit einer offene-

ren Wirtschaft (gemessen z.B. anhand der Aussenhandelsquote und der Offenheit der Finanzmärkte) weniger Geld für staatliche Aktivitäten ausgeben. Dies betrifft auch die Sozialausgaben und gilt auch, wenn viele alternative Erklärungsfaktoren, z.B. die Konjunktur, Staatsverschuldung, oder Staatsgrösse, kontrolliert werden.

Auf der Seite der Steuereinnahmen - der Sozialstaat wird weitgehend über Steuern finanziert – ist ähnliches zu beobachten. Diese sind seit dem 2. Weltkrieg ständig gestiegen und verharren heute in den meisten OECD-Staaten auf relativ hohem Niveau.

Bei der Steuerbelastung zeigt sich allerdings, dass die Kapitalmobilität zu einer Verlagerung der Steuerlasten beigetragen hat. Lohnempfänger werden heute stärker besteuert als Kapitalbesitzer. Die Steuersätze für Unternehmen sind in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund des intensivierten Steuerwettbewerbs zwischen den Staaten gesunken. Vor allem die EU-Staaten haben versucht, diesem Trend entgegenzusteuern. Über einen verstärkten und international koordinierten Zugriff der Staaten auf Zinserträge und Unternehmensgewinne soll versucht werden, die Steuererträge zu stabilisieren, und in Bezug auf Steuergerechtigkeit wirksam zu werden. Beiden Versuchen der EU war bisher kaum Erfolg beschieden. Auch die OECD-Bemühungen um eine Bekämpfung des sog. "schädlichen Steuerwettbewerbs" waren bisher fruchtlos. Dies hat v.a. mit der Sogwirkung von Steueroasen in- und ausserhalb des EU-Raumes zu tun (u.a. auch der Schweiz).

Besonders wirtschafts-liberale Kreise begrüssen das Scheitern einer internationalen Steuerharmonisierung und fordern statt dessen weitere Steuersenkungen als Massnahme zur Reduktion der Staatsverschuldung. Falls dies nicht möglich sei, wird eine verstärkte Belastung des Konsums gefordert. Die einen argumentieren, die stärkere fiskalische Belastung der Arbeitnehmer verursache eine höhere Arbeitslosigkeit. Die anderen behaupten, eine stärkere Besteuerung von Kapital würde Investitionen vermindern und damit auch Arbeitsplätze zerstören. Die Wirtschaftswissenschaftler werden sich wohl noch lange über diese Hypothesen streiten.

Schluss

Im Verhältnis von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik hat sich in jüngerer Zeit vieles verändert. Diese Veränderungen werden meist in allzu pauschaler Weise mit der "Globalisierung" in Zusammenhang gebracht. Dass Globalisierungsprozesse Konsequenzen für die drei Bereiche des Gemeinwesens, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat/Politik, haben, ist jedoch a priori auch nicht von der Hand zu weisen. Der Einfachheit halber habe ich mich auf die wirtschaftliche Globalisierung konzentriert, diese sehr eng definiert und mehr Fragen als Antworten aufgeworfen, was die Folgen weltwirtschaftlicher Veränderungen betrifft.

Meine Bemerkungen zu den Folgen wirtschaftlicher Globalisierung für den Wohlfahrtsstaat und die Steuerlasten zeigen, dass sich die in der öffentlichen Diskussion sehr häufig vorgebrachte These eines "race-to-the-bottom" nicht mit den heute verfügbaren Daten deckt. Der Wohlfahrtsstaat, wie wir ihn heute kennen, ist vermutlich durch die wirtschaftliche Globalisierung als solches nicht in Gefahr. Der Steuerwettbewerb hingegen ist deutlich spürbar. Die Kapitalmobilität behindert oder verhindert gar staatliche Versuche, den gesunkenen Handlungsspielraum der einzelnen Staaten über internationale Massnahmen (z.B. eine Steuerharmonisierung innerhalb der EU) wiederzugewinnen. Hinzu kommt, dass die Verschiebung der Steuerbelastung in Richtung unselbständig Erwerbender einigen sozialen Sprengstoff birgt.

Fazit: Die sozialwissenschaftliche Forschung zu den Konsequenzen der wirtschaftlichen Globalisierung steckt noch in den Kinderschuhen. Bisher hat sie jedoch schon einiges zu Klärung der Grundkonzepte (bes. desjenigen der Globalisierung) beigetragen und einige der in der öffentlichen Debatte sehr prominenten Hypothesen zu relativieren vermocht. Der praktische Stellenwert zukünftiger Forschung liegt somit auch darin, unbegründete Ängste vor den Folgen der Globalisierung zu beseitigen, mit letzterer tatsächlich verbundene Probleme frühzeitig zu erkennen und für alle Seiten befriedigende Lösungen zu suchen, sowie die Chancen der Globalisierung aktiv zu nutzen.

Kontaktadresse: ETH-Zentrum, SEI, 8092 Zürich, Tel: 01 632 67 73